



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Energiepolitik ist Sicherheitspolitik

10 Thesen

von Angelika Beer MdEP





Fossile Energieträger sind **Ursache** für Konflikte und Kriege

Die Konkurrenz um endliche Energieressourcen ist schon heute eine der häufigsten Ursachen für Kriege und Konflikte. Der wachsende Welt-Energiebedarf (z.B. der sich entwickelnden Ökonomien Asiens) wird die Nachfrage nach den endlichen Ressourcen Öl und Gas weiter steigen lassen und Konfliktpotentiale und Menschenrechtsverletzungen verschärfen.

Mitglieder der Niger Delta People's Volunteer Force im September 2004. Im Niger-Delta starben Hunderte Menschen bei Kämpfen um die Kontrolle der Erdölreserven und bei Versuchen, Erdöl aus den Pipelines abzuzapfen.

Der Klimawandel erzeugt neue Konflikte und Kriege um **Umweltressourcen**

Die fossilen Energieträger beeinträchtigen durch ihre Emissionen, den Bergbau und die Aufheizung der Flüsse das ökologische Gleichgewicht und die Verfügbarkeit des wichtigsten Guts, das wir brauchen: sauberes Trinkwasser. Diese Entwicklung wird neue, weit heftigere Konflikte und Kriege um Umweltressourcen nach sich ziehen, als wir sie bisher kennen.

Gase wie CO₂ in der Atmosphäre erzeugen den sogenannten Treibhauseffekt. Diese Gase sind durchlässig für kurzwellige Sonnenstrahlen, absorbieren aber die langwellige Wärmestrahlung. Folge: die globale Erderwärmung.



Eine Anzeige der besonderen Art schalteten Grüne aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg am 15. September 2005 auf der Reaktorhülle des AKW Krümmel.

Es gibt
keine sichere

Atomenergie



Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. 20 Jahre nach Tschernobyl hat der Beinahe-GAU im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark gezeigt, dass es auch bei modernen Atomkraftwerken keine Sicherheit gibt. Der Euratom-Vertrag, der seit 50 Jahren die Förderung der Atomenergie festschreibt, muss abgeschafft werden.

Zivile und militärische Nutzung der Atomkraft lassen sich nicht trennen

Irans IAEA-Botschafter Ali Ashgar Soltanieh (links) im Gespräch mit IAEA-Generalsekretär Mohamed El-Baradei im November 2006 in Wien.



Die Unterscheidung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in gute zivile Nutzung und böse militärische Nutzung der Atomenergie ist gescheitert. Der Schritt von der zivilen zur militärischen Nutzung ist minimal. Das Misstrauen etwa gegenüber dem iranischen Atomprogramm ist berechtigt. Statt dem Iran aber sein Recht zu verweigern, müssen der Nichtverbreitungsvertrag und die IAEA grundlegend reformiert werden. Die Förderung der zivilen Nutzung der Kernenergie muss abgeschafft werden.



Fossile Brennstoffe machen abhängig

Über die Hälfte unseres Energiebedarfs in Europa wird importiert. Richtigerweise konstatiert die Europäische Sicherheitsstrategie ESS, dass die Energieabhängigkeit Europas in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis gibt. Im Jahre 2030 würden die Importe bei Beibehaltung der jetzigen Praxis über 70% ausmachen.

Russlands Präsident Wladimir Putin bei der Eröffnung der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar 2007. 40 % der EU-Gasimporte stammen derzeit aus Russland.

Soldat vor brennenden Ölraffinerien bei Abadan, Iran, am 27. September 1980 im Iran-Irak-Krieg. Brennende Ölfelder waren in den folgenden Golfkriegen Mittel der Kriegsführung.

Herkömmliche Energieversorgungsstrukturen und Atomkraftwerke lassen sich nicht militärisch sichern

Lange Transportwege und Transportsysteme insbesondere für Öl oder Gas und Atomkraftwerke sind besonders effiziente Ziele für asymmetrische Bedrohungen wie Terrorismus, Piraterie etc. Mit geringem Aufwand lassen sich erhebliche Wirkungen erzielen. Diese Bedrohungen lassen sich militärisch nicht verhindern, vielmehr wäre die militärische Absicherung von Energiewegen, wie sie in der NATO diskutiert wird, die Keimzelle für große militärische Konflikte.

Klimaschutz ist präventive Sicherheitspolitik

75 afrikanische Flüchtlinge landen mit einem kleinen Boot am 8. August 2006 im Hafen von Los Cristianos auf Teneriffa. Der Klimawandel wird die Flüchtlingsströme weiter verstärken.



Nur mit einer entschiedenen Klimaschutzpolitik werden Dürre- und Überschwemmungskatastrophen als Folgen des Klimawandels mit all ihren Konsequenzen von neuen Flüchtlingsströmen bis hin zum Kampf um das Trinkwasser zu bremsen sein.



Familie in Simbabwe im Januar 1998 mit einem Solarkocher. Der Solarkocher spart Energie und Brennholz. Ein Drittel der Erdbevölkerung ist auf Brennholz angewiesen.

Viele Länder, in denen heute Konflikte um Öl und Gas stattfinden oder in denen Atomprogramme laufen, haben große ungenutzte Potentiale für erneuerbare Energien. Die Ausschöpfung dieser Potentiale wäre ein wichtiger Beitrag für eine friedliche Entwicklung in diesen Ländern.

Sonne und Wind sind in vielen Konfliktregionen zur Genüge vorhanden

Dezentrale Versorgungsstrukturen verringern das Gefährdungspotential

Windpark in Nan'ao, China. Schwerste Luftverschmutzung und eine weiter boomende Industrie machen das Reich der Mitte zur größten Herausforderung beim Klimaschutz. Windkraft ist auch eine Alternative zu den gigantischen Staudammprojekten.



Foto: dpa / picture alliance

Durch die dezentralen Versorgungsstrukturen der erneuerbaren Energien werden die Wirkungen von möglichen Angriffen auf Energieversorgungsinfrastrukturen und damit die Attraktivität für Terroristen und Saboteure erheblich verringert.



Foto: dpa / picture alliance

Eisbären sind von der Erderwärmung akut bedroht. Wissenschaftler fürchten, sie könnten bis Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein, weil ihr Lebensraum, das Packeis im Polarmeer, immer weiter schmilzt.

Die Förderung regenerativer Energien ist die **Investition** in unsere **Sicherheit**

Die Risiken und Folgekosten von Atomenergie und fossilen Energien sind gewaltig. Klimawandel ist eine Bedrohung unserer Zivilisation. Nur durch die Förderung einer grundlegenden Energiewende werden wir diese Gefahren abschwächen können. Deshalb ist es unser Ziel, ohne Umwege vollständig auf erneuerbare Energien umzusteigen.



Angelika Beer MdEP



Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 / ASP 08 H 240
B-1047 Bruxelles/Belgien
fon: 0032-2-284-5135
fax: 0032-2-284-9135

Büro im Deutschen Bundestag
Unter den Linden 50 / Büro 2.111
D-11011 Berlin
fon.: 0049-30-227-70021
fax: 0049-30-227-76017

mail: angelika.beer@europarl.europa.eu
www.angelika-beer.de